

Omnibus-Fahrplan: Welche Gesetze Kommission und Industrie vereinfachen wollen

Von Redaktion

Kommissionspräsidentin von der Leyen will Bürokratie abbauen – mithilfe einer „ganzen Flotte von Omnibussen“. Vier sind bereits vorgestellt, mindestens sechs weitere sind in Arbeit. Wir geben einen Überblick über die geplanten Maßnahmen.

Wettbewerbsfähigkeit: Unter diese Überschrift hat Ursula von der Leyen ihre zweite Amtszeit gestellt. In den ersten sechs Monaten hat ihre Kommission mehrere Industrien zu strategischen Dialogrunden eingeladen, Strategiepapiere und Aktionspläne vorgelegt – aber bislang kaum entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. In Industriekreisen wächst bereits die Ungeduld: viele Strategien, Pläne, Wortwolken, aber zu wenig Konkretes, so der Tenor.

Bereits greifbar hingegen wurde die neue Maxime beim Bürokratieabbau. Vor ihrem Antritt hatte von der Leyen von einem Omnibus-Vorschlag gesprochen, der Erleichterungen für Unternehmen in mehreren Rechtsakten bündelt soll. [Diese Woche stellte die Kommission](#) bereits den vierten Omnibus-Vorschlag vor, und etliche weitere sind in Arbeit oder Planung. Von der Leyen spricht inzwischen von einer „ganzen Flotte von Omnibussen“.

Sie sollen dafür sorgen, dass die Präsidentin ihr hochgestecktes Ziel tatsächlich erreicht: die Bürokratielasten für die Unternehmen bis Ende der Legislaturperiode um 25 Prozent zu senken, für kleine und mittelständische Unternehmen sogar um 35 Prozent.

Wirtschaftsvertreter fordern spürbare Entlastung. Nötig sei eine „drastische Vereinfachung der EU-Gesetzgebung“, sagt VDMA-Präsident Bertram Kawlath. Die Industrie brauche schnell spürbare Ergebnisse, mahnte er bei einem Besuch in Brüssel. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, fordert von der Kommission, „den Abbau überflüssiger Vorschriften systematisch und dauerhaft zu verfolgen“. Der Wirtschaftsrat hat eine Reihe von EU-Vorgaben [zusammengetragen](#), die den Unternehmen die Arbeit unnötig erschwerten.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander fordert: „Das für 2026 angekündigte ‚Fair Labour Mobility Paket‘ muss in Form eines Omnibusses bei den verschiedenen Regeln wirklich aufräumen.“ Gleichzeitig werde die gute Arbeit zur Vereinfachung der EU-Regeln per Omnibus konterkariert, etwa indem den Unternehmen mit der Europäischen-Betriebsräte-Richtlinie neue Steine in den Weg gelegt würden. Zander greift die Initiative von Merz und Macron zur Abschaffung des EU-Lieferkettengesetzes auf. Dies sollte den EU-Institutionen ernsthaft zu denken geben, „ob ein paar Änderungen am Text tatsächlich ausreichen. Das Abschaffen des europäischen Lieferkettengesetzes würde den Unternehmen wirklich Bürokratieentlastung bringen.“

Der VDA fordert mehr. Ein VDA-Sprecher lobt die ersten Vorschläge für Bürokratieabbau, gibt

allerdings auch zu bedenken: „Allerdings reichen die bisher vorgelegten Maßnahmen nicht aus.“ Er verweist auf das Entlastungspaket für Mittelständler („Small Mid-Caps“): Dabei blende die Kommission „Unternehmen mit 750 bis 3.500 Mitarbeitenden aus, die in Schlüsselbranchen investieren, forschen und regional verwurzelt Wertschöpfung sichern.“

Die zentrale Steuerung der Omnibusse liegt bei Wirtschaftskommissar Valdis

Dombrovskis. Der christdemokratische Politiker koordiniert die Bemühungen zum Bürokratieabbau in der Behörde, die von den EVP-Vertretern vorangetrieben werden. „Der politische Wille muss weitertragen“, mahnte sein Kabinettschef Michael Hager kürzlich bei einer Konferenz des CDU-Wirtschaftsrates. Die Widerstände seien „enorm“. So warnen die Sozialdemokraten im Europaparlament ebenso wie Gewerkschaften und Verbraucherschützer davor, unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus Deregulierung zu betreiben.

Die Kommission will nachlegen. Sie hat angekündigt, bis zur Sommerpause noch einen Omnibus zur Verteidigung vorzulegen, danach folgen Vorschläge zur Digitalpolitik, Umwelt, Chemie und Auto. Die Behörde prüft zudem, wo weitere Initiativen sinnvoll sind. Mit Energiekommissar Dan Jørgensen sollen die Gespräche über einen Energie-Omnibus demnächst beginnen. Aufdrängen würde sich etwa auch ein regulatives Entlastungspaket bei Medizinprodukten, heißt es aus der Kommission.

Diese Omnibusse gibt es schon oder sind angekündigt:

1. Omnibus: Nachhaltigkeit. Der als erstes auf den Weg gebrachte [Omnibus](#) betrifft vor allem die Berichtspflichten in CSRD, CSDDD, Taxonomie und CBAM. Datenpunkte sollen reduziert, der Beginn der Berichtspflichten um ein Jahr nach hinten auf 2027 verschoben werden und zahlreiche Unternehmen von [CBAM-Vorgaben](#) befreit werden. „Ein erster Schritt in Richtung Vereinfachung“, sagt Freya Lemcke, Leiterin des Brüsseler Büros der Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK). Er falle allerdings zu klein aus. Lemcke hätte sich sogenannte „white lists“ gewünscht für Länder, die ihre Lieferketten bereits gut im Blick haben und ein „hohes Schutzniveau“ aufweisen. Damit könne die Umsetzung der Regeln „verhältnismäßiger“ gestaltet werden.

2. Omnibus: InvestEU. Mit dem ebenfalls Ende Februar vorgestellten Vorschlag will die Kommission das Förderprogramm InvestEU vereinfachen und zugleich mehr Investitionen stimulieren. Die nationalen Förderbanken etwa sollen bei kleineren Vorhaben weniger aufwendig Bericht erstatten müssen. Die Kommission erhofft sich dadurch Kosteneinsparungen von 350 Millionen Euro im Jahr. InvestEU soll zudem besser mit anderen Finanzierungsinstrumenten wie dem EFSI kombiniert werden können.

3. Omnibus: Agrar. Landwirtschaftskommissar Christophe Hansen will bei den [Bedingungen](#) lockern, die die Bauern erfüllen müssen, um die Direktzahlungen zu bekommen. So sollen sie künftig nicht nur fünf Prozent wie bisher, sondern zehn Prozent Dauergrünland als Ackerfläche nutzen können. Außerdem soll es künftig nur noch einmal im Jahr eine Kontrolle auf dem Hof geben. Biobauern und sehr kleine Höfe kommen zudem in den Genuss weiterer Erleichterungen.

4. Omnibus: KMU und Small Mid-Caps. Die Kommission will eine neue Kategorie von kleineren Mittelständlern ([Small Mid-Caps](#)) einführen, die von Regulierungserleichterungen profitieren können. Als Small Mid-Caps zählen nach dem [Vorschlag](#) Unternehmen mit bis zu 750 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz. Laut Kommission profitieren damit künftig

38.000 Unternehmen von Ausnahmen, etwa bei den Berichtspflichten der Datenschutz-Grundverordnung.

5. Omnibus: Verteidigung. Die EU-Kommission hat den "Defence Omnibus" in ihrem Weißbuch zur Verteidigung im März angekündigt und will das Paket Stand heute am 17. Juni verabschieden. Vorschriften sollen vereinfacht, bürokratische Hürden für Rüstungsunternehmen beseitigt werden. Die Industrie fordert im Konsultationsverfahren unter anderem eine gegenseitige Anerkennung von nationalen Produktionsgenehmigungen. Anstelle der bisher nationalen Zertifizierungen und Zulassungsverfahren soll für Rüstungsgüter ein standardisiertes Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung kommen. Dies würde die Prozesse erheblich beschleunigen, schreiben etwa die Branchenverbände [BDLI und BDSV](#) in einem Positionspapier.

6. Omnibus: Chemie. Noch ist unklar, wie umfangreich dieser sein wird. Interessensvertreter können noch Vorschläge für mögliche Vereinfachungen einreichen. Möglich ist, dass das Vereinfachungspaket bereits am 2. Juli zusammen mit dem [Aktionsplan zur Unterstützung der Chemieindustrie vorgestellt](#) wird. Bislang sind zwei Verordnungen im Gespräch: So sollen Regeln zur Größe von Labels von chemischen Stoffen ([CLP](#)) abgeschwächt werden und Verbote von Substanzen in kosmetischen Produkten ([CPR](#)) überarbeitet werden. Die Industrie fordert weitere Vereinfachungen: in der Chemikalienpolitik, Kreislaufwirtschaft und im Umweltrecht, sagt Pierre Gröning, Leiter des VCI-Büros in Brüssel.

7. Omnibus: Umwelt. Voraussichtlich bis Ende des Jahres soll ein Umwelt-Omnibus folgen, der ebenso die Chemie-Industrie betreffen dürfte. Geplant sind Vorschläge zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, zunächst bei Abfall-, Produkt- und Industrieemissionsvorschriften. „Eine ambitionierte Vereinfachungsagenda steht für Milliarden einsparungen“, sagt Gröning vom VCI. Aus Sicht der Entsorgungswirtschaft ist wichtig, dass der Umwelt-Omnibus auch sektorübergreifende Hürden adressiert – etwa bei der öffentlichen Beschaffung oder im Zusammenspiel von nationalen und europäischen Vorschriften, beispielsweise beim Goldplating.

8. Omnibus: Digitales. In der vergangenen Legislatur hat es viele neue Digitalgesetze gegeben, die zum Teil noch gar nicht vollständig in der Anwendung sind. Die Kommission hat bislang angekündigt, AI Act, Data Act, Data Governance Act und die Open Data Directive in den Omnibus zu packen. Die Kommission müsse „einen ganzheitlichen Blick auf sämtliche Digitalgesetzgebungen werfen, bestehende Berichtspflichten vereinheitlichen und Überschneidungen gezielt adressieren“, fordert der Bitkom. Der Digitalverband beklagt zudem, dass die Kommission kein klares Bekenntnis abgegeben hat, auch die DSGVO in den Blick zu nehmen. Gerade im Zusammenspiel mit dem Data Act und dem AI Act entstünden Unsicherheiten im Umgang mit personenbezogenen Daten.

9. Omnibus: Automotive. Im [Aktionsplan](#) hatte die Kommission ein „Regulatory Simplification Package for the Automotive Industry“ in Aussicht gestellt. Die Branche fordert, dass in dem Automotive-Omnibus Bürokratie abgespeckt wird etwa bei den EU-Gesetzen zu Batterien, Altfahrzeugen und CO₂-Flottengrenzwerten.

10. Omnibus: Energie. Das Ziel sei, durch Vereinfachung die Einführung von Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbaren Energien zu beschleunigen, [sagte](#) Energiekommissar Dan Jørgensen zu *Table Briefings*. Genehmigungsverfahren sollen gestrafft werden, allerdings [womöglich](#) auch zulasten des Tier- und Naturschutzes.

Till Hoppe, Markus Grabitz, Corinna Visser, Lukas Knigge und Stephan Israel